

Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung

OWUS gratuliert

Der Vorstand gratuliert allen OWUS-Mitgliedern und Sympathisanten, die bei den Kommunalwahlen in Brandenburg am 25. Mai ein Mandat erreicht haben:

Thomas Singer – Kreistag von Potsdam-Mittelmark

Gerd Klier - Stadtverordnetenversammlung von Neuruppin

Birgit Müller - Stadtverordnetenversammlung von Potsdam

Renate Vehlow – Stadtverordnetenversammlung von Werder (Havel)

Infolge der späten Bekanntgabe des Wahlergebnisses und des Redaktionsschlusses liegen uns noch keine weiteren Namen vor, wir werden sie in der Juni-Ausgabe des Newsletter nachreichen.

Vorstandssitzung

Am 8. Mai traf sich der neu gewählte Vorstand zu seiner ersten turnusgemäßen Beratung. Im Mittelpunkt der Beratung standen die Auswertung der Mitgliederversammlung sowie die Vorbereitung der KMU-Konferenz im Oktober dieses Jahres.

Der Vorstand dankte den Mitgliedern für die auf der Mitgliederversammlung unterbreiteten konstruktiven Vorschläge zur weiteren Arbeit des Landesverbandes. Die Bedenken von OWUS zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes sowie zur Novellierung des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes wurden vom Vorstand des Dachverbandes den Bundestagsfraktionen übermittelt (siehe Newsletter April 2014). Zur Auseinandersetzung mit dem zwischen der EU und den USA geplanten Freihandelsabkommens TTIP wurde für Ende Mai im Rahmen des linken Wirtschaftsforums Marzahn/Hellersdorf kurzfristig ein Unternehmerfrühstück mit Martina Michels (MdEP) organisiert (siehe gesonderte Information dazu). Am 14./15. Juni wird OWUS am Pressefest des „neuen deutschland“ wieder mit einem eigenen Stand teilnehmen und 2 Veranstaltungen durchführen. Am 14. Juni wird es einen nd-Ratgeber live geben mit Dr. Rolf Sukowski zu Steuerfragen und RA Gerd Klier zu rechtlichen Fragen. Am 15. Juni findet gemeinsam mit Rohnstock Biographien ein Podiumsgespräch mit ehemaligen DDR-Generaldirektoren statt (siehe Veranstaltungshinweise). Beschlossen wurde, den Auftritt von OWUS im Internet sowie den sozialen Medien zu verbessern. Dazu werden dem Vorstand von einer Arbeitsgruppe entsprechende Vorschläge unterbreitet.

Ausführlich wurde die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung für den 11. Oktober geplanten KMU-Konferenz mit dem Arbeitsthema „Gemeinwohl-Ökonomie - ..“ diskutiert. Nach dem gegenwärtigen Planungsstand sind 2 Hauptreferate, u.a. von Christian Felber aus Wien, 3 Workshops zu den Fragen der Gemeinwohlökonomie sowie ein abschließende Podiumsdiskussion vorgesehen. Am Vorabend findet eine feierliche Veranstaltung für Mitglieder des Verbandes anlässlich des 20jährigen Bestehens von OWUS Berlin-Brandenburg statt.

Der Vorstand ruft noch einmal alle Mitglieder und Freunde von OWUS auf, sich mit Vorschlägen aktiv in die Vorbereitung unseres 20.Jahrestages sowie der KMU-Konferenz einzubringen.

Der Vorstand bestätigte die Aufnahmeanträge des LernSINN erlebBAR e.V. aus Brieselang als Korporativmitglied sowie von Matthias Bernhardt, technischer Geschäftsführer der bue-Anlagentechnik GmbH (das Unternehmen ist Mitglied im OWUS-Landesverband Sachsen-Anhalt) als Fördermitglied unseres Verbandes. Mit dem LernSINN e.V. wurde eine wechselseitige korporative Mitgliedschaft beschlossen.

Sommer, Sonne und Europawahl

Bei strahlendem Sonnenschein trafen sich am 23.Mai Unternehmer und weitere Interessierte zum traditionellen Unternehmerfrühstück mit Petra Pau (die diesmal leider durch die Bundestagssitzung zum 65. Jahrestag des Grundgesetzes verhindert war) und der Berliner Europaabgeordneten der Partei DIE LINKE, Martina Michels, im KulturGut Marzahn.

Sehr ausführlich versuchte Martina Michels den Anwesenden Vor- und Nachteile der Europäischen Union darzustellen und streifte dabei u.a. solch wichtige Themen wie das geplante Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA, den Gesetzgebungsverfahren in Brüssel, Chancen der Demokratie und Einwanderung sowie zur Lage in der Ukraine u.a.. Für ein Unternehmerfrühstück war jedoch die (fast) gesamte Bandbreite der Arbeit im Europaparlament zu viel. Insofern wäre es von Vorteil gewesen, das angekündigte Thema des derzeit verhandelten Freihandelsabkommen mit den USA intensiver zu beleuchten. Dennoch entspannte sich eine lebhafte und kontroverse Diskussion, die die Unternehmer Jürgen Heinrich, Matthias Bernhardt, Rüdiger Lehmann und Siegfried Nord initiierten, insbesondere zum Sinn einer einheitlichen Gesetzgebung bzw. Standardfestlegungen von Brüssel, der Ohnmächtigkeit der Bürger gegenüber der Allmacht der Politbürokraten und zur Rolle der Lobbyisten und ihrer Motivationen.

Natürlich lässt sich in 2 Stunden manches nur anreißen, Denkanstöße können vermittelt und der Hoffnung Rechnung getragen werden, dass ganz kleine Schritte in der Politik auch Erfolge bringen können. Spezifische Themen für Kleinunternehmer kamen nicht zur Sprache, da das Thema und auch der Zeitrahmen nicht ausreichten. Aber das wird nach der Europawahl in einer weiteren Debatte mit kleinen Unternehmern und Vertretern der Brüsseler Politik nachgeholt.

Noch am Wahlabend gratulierte der Vorstand Martina Michels zu ihrer erneuten Wahl in das Europaparlament.

Siehe zum TTIP auch den Leserbrief von Christa Luft unter „Für Euch gelesen...“



Antwort auf Schreiben des OWUS-Dachverbandes

Als Antwort auf das **Schreiben zur Novellierung des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes** erhielt der Vorstand des Dachverbandes am 9. Mai ein Antwortschreiben der stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE Caren Lay, Leiterin des Arbeitskreises Struktur- und Regionalpolitik. Unsere Einschätzung und Kritik werden von ihr vollständig geteilt. Die Fraktion hat aus diesen und vielen weiteren Gründen bei der Einbringung des Gesetzesentwurfes in den Bundestag als einzige Fraktion einen eigenen Antrag zur Seite gestellt. Darin fordern die LINKE die Bundesregierung auf, ihren Gesetzesentwurf zurückzuziehen und schildert ihre Vorstellungen für die Gestaltung der Ökostromförderung und der Strompreisbildung. Damit könnte der Strompreisanstieg für private Haushalte sowie kleine und mittlere Unternehmen gestoppt werden, ohne den Ausbau erneuerbarer Energien zu gefährden.

<http://linksfraktion.de/positionspapiere/sozial-oekologisch-demokratisch-eckpunkte-fu-r-reform-o-kostromfo-rderung/>
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilungen/bundesregierung-dreht-biogas-hahn/>

Zum Thema siehe auch den **Aufruf von Matthias Bernhardt** als Anlage zu diesem Newsletter, am 26. Mai auch als Leserbrief im „neuen deutschland“.

Die Ko-Vorsitzende der Partei DIE LINKE Katja Kipping dankte in einer Mail vom 23. Mai dem Vorstand des Dachverbandes für die **Stellungnahme zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes**. Sie unterstrich, dass es in dieser Frage eine klare Übereinstimmung gibt. Auch die Skepsis von OWUS bezüglich der Übergangs- sowie Ausnahmeregelungen werden geteilt. Die Einrichtung eines Mindestlohnrates zur übergangsweisen Unterstützung von Kleinunternehmen wird für sinnvoll gehalten und das Anliegen von OWUS unterstützt, dass der Arbeitskreis Wirtschaft, Arbeit und Finanzen der Bundestagsfraktion DIE LINKE auch diesen Schwerpunkt in die Debatte des Bundestages einbringt.

Schreiben des Präsidenten des Ostdeutschen Kuratoriums der Verbände (OKV) an OWUS (vollständiger Wortlaut - siehe Anlage)

Das Ostdeutsche Kuratorium für Verbände e.V. konstituierte sich im Sommer 1992 und formierte sich als ein Netzwerk von ca. 25 Vereinen und Verbänden, die die auch heute noch bestehenden Defizite der Vereinigung sowie die sich immer mehr verstärkende neoliberale Entwicklung in unserem Lande überwinden helfen wollen. Und an diesem Punkte der sozialen Verantwortung und der moralischen Verpflichtung ergeben sich gewiss Berührungspunkte unserer Verbände. Für OWUS vor allem auf ökonomischem Gebiet, für uns auf dem politischen Terrain.

Das OKV hat seit nunmehr acht Jahren eine Tradition begründet, die eigentlich von der politischen Opposition in diesem Lande wahrgenommen werden müsste: Am 03. Oktober, dem sogenannten Tag der Deutschen Einheit, erheben wir unsere Stimme in einer Protestveranstaltung alternativ zu den Jubelfeiern der offiziellen Politik. Jede dieser Veranstaltungen war einem bestimmten Thema gewidmet, das wir als brennend aktuell ausmachen konnten. In diesem Jahr, in dem sich drei bedeutende historische Ereignisse

jahren (Beginn des 1. und 2. Weltkrieges als auch der Grenzöffnung), stellen wir diese Veranstaltung unter das Motto: »Gegen deutsche Großmachtspolitik und Auslandseinsätze der Bundeswehr – Für Frieden und internationale Solidarität.« Weiteres dazu können Sie der beigefügten Voranzeige entnehmen, die den momentanen Stand der Mitwirkenden anzeigt.

In diesem Sinne bitten wir die Mitglieder des Offenen Wirtschaftsverbandes um solidarische Unterstützung in Form von Einzelspenden an das OKV, damit wir unsere Veranstaltung auf einer finanziell gesicherten Grundlage vorbereiten und durchführen können.

Umfassende Information zu unserer Arbeit auf unserer Website: <http://www.okv-ev.de>

Spendeneinzahlungen bitte auf das Konto der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. – GBM – (zum Zwecke angeforderter Spendenquittungen):

IBN: DE 16 10050000 0013192736 ; BIC: BELADEBE XXX; Berliner Sparkasse, unbedingt unter dem **Kenntwort: »Protest 3.10«**

Das OKV bedankt sich für erwiesene Solidarität und Ihre Spendenbereitschaft.

Wirtschaftsinformationen

„**Wie geht es den vielen Kleinen**“ lautete eine schriftliche Anfrage der wirtschaftspolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus Jutta Matuschek an den Senat. Die Antwort der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung kann unter <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-13549.pdf> eingesehen werden. So betrug das mittlere persönliche monatliche Nettoeinkommen aller 255.000 selbstständig Erwerbstätigen in Betrieben mit bis zu 10 Beschäftigten in Berlin 2012 1.525 Euro. Für fast 52.000 Selbständige (20,5%) lag das persönliche monatliche Nettoeinkommen unter 900 Euro! 23.550 Selbständige erhielten im November 2013 ergänzende Leistungen nach SGB II („Hartz-IV“).

Diese Zahlen belegen nach Auffassung des Vorstands einmal mehr die Notwendigkeit, die soziale Absicherung dieser Unternehmer auf die Tagesordnung der Politik zu setzen und flankierende Maßnahmen zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes zu fordern.

Nachdem der Vorschlag der EU-Kommission gescheitert ist, ein **Statut für eine Europäische Privatgesellschaft** (*Societas Privata Europaea* SPE) – Europa-GmbH – zu verabschieden, hat die Kommission jetzt den Entwurf einer Richtlinie über Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem einzigen Gesellschafter („Ein-Personen-GmbH) den Mitgliedsländern zur Abstimmung vorgelegt (siehe Bundesratsdrucksache 165/14 http://www.bundesrat.de/SharedDocs/beratungsvorgaenge/2014/0101-0200/0165-14.html?nn=4732016&cms_topNr=165%2F14#top-165/14)

Um die grenzüberschreitende Tätigkeit dieser Unternehmen zu erleichtern werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, in ihren Rechtsordnungen eine nationale Gesellschaftsrechtsform vorzusehen, für die in allen Mitgliedstaaten dieselben Vorschriften und die Bezeichnung *Societas Unius Personae* (SUP) gelten würde.

Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie (**Tarifautonomiestärkungsgesetz**) vorgelegt, mit dem unter anderem ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden soll. Der Entwurf kann unter

<http://www.bundesrat.de/SharedDocs/beratungsvorgaenge/2014/0101-0200/0147-14.html>
eingesehen werden.

In einer **Erklärung des wirtschaftspolitischen Sprechers der Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag Matthais Loehr wurde festgestellt, dass** Brandenburgs Wirtschaft weiter auf Erfolgskurs ist.

Er stellt fest: Der Erfolg gibt uns Recht - die positive wirtschaftliche Entwicklung des Landes Brandenburg steht im Einklang mit unserem Anspruch an gute Arbeit und guten Löhne. Nicht trotz, sondern wegen der Politik des linken Wirtschaftsministers hat sich die Wirtschaft in Brandenburg in den vergangenen Jahren besser entwickelt, als in den anderen neuen Bundesländern.

Wir haben uns von der Niedriglohnstrategie des letzten CDU-Wirtschaftsministers in Brandenburg verabschiedet. Wir haben die Vergabe von Fördermitteln an Obergrenzen von Leiharbeit sowie an Tarifzahlung und Ausbildungsquote gekoppelt. DIE LINKE steht für eine abgestimmte Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Dafür ist das Brandenburgische Vergabegesetz mit seinem Mindestentgelt von 8,50 Euro nur ein Baustein.

Wir haben unter großen Anstrengungen des Europaministers Ralf Christoffers (MdL, DIE LINKE) Brandenburg wieder zu einem einheitlichen EU-Fördergebiet gemacht. Wir stehen für ein Brandenburg das Chancengleichheit und Gerechtigkeit ermöglicht - nicht nur in der Bildungs- und Sozialpolitik - sondern auch in der Wirtschaftspolitik! Den größten Anteil an der guten wirtschaftlichen Entwicklung haben – das ist unbestritten - die brandenburgischen Unternehmerinnen und Unternehmer selbst. Für die richtigen Rahmenbedingungen arbeitet DIE LINKE.

Veranstaltungshinweise

nd-live – Pressefest des „neuen deutschland“ am 14. und 15. Juni auf dem Franz-Mehring-Platz

OWUS wird mit einem eigenen Stand vertreten sein, Interessenten für die Beteiligung an diesem Stand mit Informationsmaterialien und Produktinformationen melden sich bitte beim Vorstand.

14. Juni um 12 – 14 Uhr: Dr. Rolf Sukowski, Geprüfter Beratungsstellenleiter für Lohnsteuerhilfe des Lohnsteuerhilfe für Arbeitnehmer – LStHV – Sitz Gladbeck e.V. beantwortet Fragen zur Einkommensteuererklärung für Arbeitnehmer, Studenten und Rentner.

14. Juni um 14 – 16 Uhr: RA Gerd Klier, Fachanwalt für Medizin-, Arbeits-, und Sozialrecht beantwortet Fragen zu rechtlichen Themen.

15. Juni um 11 – 12.30: OWUS im Gespräch „Ein Blick zurück, zwei Blicke vorwärts – wie können Erfahrungen der DDR-Wirtschaft zu einer gemeinwohlorientierten Ökonomie der Zukunft beitragen?“ Ihre Teilnahme am Podiumsgespräch haben zugesagt: Dr. Peter Lietz, stellv. Generaldirektor VEB Kombinat Spirituosen, Wein und Sekt, Dr. Boris Kudevita, Leiter der staatlichen Energieinspektion der DDR, Dr. Walter Siegert, Staatssekretär im Ministerium für Finanzen der DDR und Prof. Dietrich Mühlberg, Kulturwissenschaftler.

Anhörung der Bundestagsfraktion DIE LINKE am 30. Juni im Deutschen Bundestag

Unter dem Titel „Wieviel Erde braucht der Mensch?“ soll ein Austausch mit Expertinnen und Experten über die Daseinsvorsorge in Ostdeutschland erfolgen. Themen sind u.a.

Arbeitsmarktpolitik und Daseinsvorsorge, gesundheitliche Daseinsvorsorge, zur Rolle der Sparkassen sowie zur Nachwuchsförderung im ostdeutschen Fußball.

Veranstaltungen und Beratungsgespräche unseres Korporativmitglieds LernSINN erlebBAR e.V. (Auszug aus dem Veranstaltungsplan Juni – weitere Informationen unter www.lernSinn.com)

03. / 10. / 17. / 23. und 24. Juni: Gemeinwohl in der Karriere/ ArbeitsSINN, Arbeitsvermittlung

05. /12. und 19. Juni: Freelancer open space – kooperativ Ideen gestalten Gemeinwohl in der Gründung – Gib & Nimm

09. / 13. und 20. Juni: Gemeinwohl in der Karriere/ ArbeitsSINN, Coaching bei finanziellen Engpässen oder fehlender Kostenübernahme

25. Juni: Gemeinsam Arbeitgeber - Arbeit teilen wie geht das?

Ort der Veranstaltungen: Studio 4, Brunnenstr. 69 in 13355 Berlin

Am 10. Juli um 19.00 Uhr wird in **Potsdam** mit dem Landesvors. und Finanzminister, Christian Görke, einen **OWUS/LAG- Stammtisch** durchgeführt. Gesonderte Einladung folgt noch.

Fame Career Day am 9. September in Berlin-Schöneberg

Auf dieser Veranstaltung sollen Unternehmen und Fachkräfte internationaler Herkunft zusammengebracht werden. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen werden vom Veranstalter eingeladen, sich mit einem Stand zu präsentieren. Weitere Informationen inklusive der Anmeldeunterlagen unter http://www.ziz-berlin.de/fame#Career_Day

Aus Funk und Presse

Leserbrief von Christa Luft im „neuen deutschland“ vom 23. Mai „Eine Art Wirtschafts-NATO soll entstehen“

Thematisiert werden bei der kritischen Sicht auf das zwischen der EU und den USA geplante Freihandelsabkommen (TTIP) gemeinhin die Absenkungsgefahren für europäische Gesundheits-, Verbraucher- und Datenschutzstandards, nicht nachvollziehbare Verheißungen für Job- und Einkommenszuwächse in den beteiligten Ländern, die Sonderklagerechte von transnationalen Konzernen gegen Staaten, wenn sie durch deren Gesetze ihre erwarteten Gewinne geschmälert sehen, und die von Lobbyisten beeinflussten Geheimverhandlungen. Das alles verdient höchste Aufmerksamkeit, aber es geht um mehr. Das TTIP leitet eine neue Runde profitgesteuerter Globalisierung ein. Seine Wirkungen auf die lokale und regionale Wirtschaft sowie den Lebensalltag von 800 Millionen Menschen dies- und jenseits des Atlantiks bleiben außen vor.

Die umweltbelastenden Folgen des auf dem Schiffs- oder Luftweg zunehmenden Warenverkehrs werden ignoriert. Das TTIP ist als Schutzwall für den Großwirtschaftsraum USA/EU gegen die zu Wettbewerbern aufsteigenden Schwellenländer, allen voran China, gedacht. Eine Art »Wirtschafts-NATO« soll entstehen.

Christa Luft, Berlin

Unsere Geburtstagskinder für den Juni 2014

Irene Gebauer	03.06.1954
Adelheid Singer	04.06.1950
Helmuth Markov	05.06.1952
Joachim Mertens	09.06.1951
Jürgen Heinrich	10.06.1948
Harry Kratky	11.06.1954
Heinz Weißhuhn	11.06.1957
Wilfried Röhrig	24.06.1945

Herzlichen Glückwunsch!!!!!!

Euer OWUS Vorstand Berlin-Brandenburg

Falls Ihr den Newsletter abbestellen möchtet, sendet einfach eine Antwortmail an den Absender tuk-j.heinrich@derpart.de .

Anlagen:

Matthias Bernhardt
Liebstädter Gang 1
12587 Berlin

Matthias Bernhardt, Liebstädter Gang 1, 12587 Berlin
An die Abgeordneten des Deutschen Bundestages
Fraktion der CDU-CSU
Fraktion der SPD
Fraktion der Partei DIE LINKE
Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen
Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Berlin, 23.05.2014

Aufruf an alle, die noch an eine Energiewende glauben!

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den Ausschüssen des Bundesrates haben sich 97 Änderungsanträge angesammelt. Die Änderungen zielen nicht zuletzt darauf, die Ausbauziele bei den Erneuerbaren Energien um das Notwendige zu erweitern, so auch bei der Biomasse.

Da das EEG im Bundesrat nicht zustimmungspflichtig ist, und dieser auch keinen Einspruch gegen das ganze EEG bringen wird, wird das EEG in der jetzigen Fassung kaum zu stoppen sein. Liest man dann noch das Antwortschreiben des Staatssekretär im BMWI Herrn Baake an die Staatskanzleien der Länder vom 15.05.2014, worin er alle Änderungsanträge damit ablehnt, dass diese alle den Ergebnis des Spitzengesprächs mit den Ministerpräsidenten im Kanzleramt am 1. April widersprüchen, muss man schlussfolgern, dass der Druck von unten noch einmal erhöht werden muss. Ich als Vertreter der Erneuerbaren Energien aus Biomasse formuliere noch einmal unsere Mindestforderungen:

- Eine Vergütung, die auch künftig neue Biogasanlagen auf überwiegender Basis von Gülle, Mist, Jauche und/oder rein pflanzlichen Nebenprodukten ermöglicht. So, wie es im Koalitionsvertrag geschrieben steht. Der muss umgesetzt werden.
- Vertrauensschutz für getätigte Investitionen: Eine „Höchstbemessungsleistung“ in Höhe von mindestens 95 % der bis zum 31.12.2014 installierten elektrischen Leistung für alle Anlagen.
- Einen künftigen Biogas-Zubau von 250 MW (Bemessungsleistung), um den Akteuren eine Perspektive zu geben und Verantwortung im Energiesystem (Stichwort: einzige Regelbare Erneuerbare Energie durch Speicherung auf der Einsatzstoffseite und der Gasseite) übernehmen zu können.

Der Herr Gabriel tritt nun noch einmal auf das Gaspedal, da er befürchtet, wenn er bis zum 26.06.2014 kein abschließendes Einvernehmen in der Debatte gefunden hat, das Gesetz am 27.06.2014 nicht beschlossen werden und am 01.08.2014 nicht in Kraft treten kann. Weil die

Bundesregierung die beiden Gesetzentwürfe vom 8. April und 7. Mai wegen des laufenden Beihilfeverfahrens in der EU bei der Europäischen Kommission notifiziert hat. Es ist klar, dass alle Änderungen am Gesetzentwurf den Prüfaufwand der Kommission und damit den Zeitaufwand verlängern werden. Wir müssen daher alles unternehmen, dass der Prüfaufwand das zeitliche Ziel 26.06.2014 sprengt und den Beschluss am 27.06.2014 verhindert. Dann besteht die Chance, das EEG noch einmal gründlich zu prüfen, und die für eine erfolgreiche Energiewende notwendigen Änderungen einzuarbeiten, bevor es beschlossen wird.

Das ist unsere letzte Chance! Bitte unterstützen Sie uns dabei.

Mit regenerativ energetischen Grüßen



Matthias Bernhardt

Herrn Dr. Rolf Sukowski
Vorsitzender des
OWUS-Dachverbandes e.V.

Sehr geehrter Herr Dr. Sukowski,

als Präsident des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V. wende ich mich heute mit einer Bitte um Unterstützung an Sie als Vorsitzendem des Offenen Wirtschaftsverbandes. Ich bin dazu ermuntert worden, weil Sie im Internetauftritt von OWUS erklären: „Sind Sie (wie wir) der Meinung, dass es zwischen unternehmerischem Engagement und sozialer Verantwortung eine Verbindung gibt, die sich Moral nennt? Dann sind Sie bei uns genau richtig.“

Dem OKV gehören etwa 25 Verbände und Vereine an, die den Vereinigungsprozess in Deutschland kritisch begleitet haben und die immer noch bestehenden Defizite dieser Vereinigung sowie die sich immer mehr verstärkende neoliberale Entwicklung in unserem Lande überwinden helfen wollen. Und an diesem Punkte der sozialen Verantwortung und der moralischen Verpflichtung ergeben sich gewiss Berührungspunkte unserer beider Verbände. Für OWUS vor allem auf ökonomischem Gebiet, für uns auf dem politischen Terrain.

Das OKV hat seit nunmehr acht Jahren eine Tradition begründet, die eigentlich von der politischen Opposition in diesem Lande wahrgenommen werden müsste: Am 03. Oktober, dem sogenannten Tag der Deutschen Einheit, erheben wir unsere Stimme in einer Protestveranstaltung alternativ zu den Jubelfeiern der offiziellen Politik. Jede dieser Veranstaltungen war einem bestimmten Thema gewidmet, das wir als brennend aktuell ausmachen konnten. In diesem Jahr, in dem sich der Beginn des 1. Weltkrieges zum hundertsten Male, der Beginn des 2. Weltkrieges zum 75sten Male und die Öffnung der Staatsgrenze der DDR zum 25sten Male jähren, haben wir das allgemeine Verlangen nach Frieden und die Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr zum zentralen Thema unserer Veranstaltung erhoben. Ich schicke die Voranzeige für die Veranstaltung am 03. Oktober 2014 als Anlage mit. Daraus gehen Motiva und Akteure, deren Zusage bereits vorliegt, hervor.

Ich gehe wohl nicht fehl in der Annahme, dass unser Protest gegen die deutsche Großmachtspolitik und die zunehmenden Auslandseinsätze der Bundeswehr sowie das Signal für Frieden und Solidarität sich mit dem sozialen und unternehmerisch verantwortungsvollen Engagement von OWUS treffen.

In diesem Sinne bitten wir Sie um solidarische Unterstützung, damit wir unsere Veranstaltung auf einer finanziell gesicherten Grundlage vorbereiten und durchführen können. Wir denken dabei an eine entsprechende Information an die Mitglieder des Offenen Wirtschaftsverbandes mit der Bitte um Einzelspenden an das OKV zur Unterstützung der diesjährigen Protestveranstaltung.

Mit solidarischem Gruß



Dr. Matthias Werner
Präsident des OKV

Berlin, 20. 05. 2014

Protestveranstaltung

des

OSTDEUTSCHEN KURATORIUMS VON VERBÄNDEN E.V.

am 3. Oktober 2014

Gegen

deutsche Großmachtpolitik
und Auslandseinsätze
der Bundeswehr!

Für

Frieden und
internationale Solidarität!



Anzeige

Protestveranstaltung des OKV
am 3. 10. 2014

von 10.00 – 12.00 Uhr

in der UCI-Kinowelt
Landsberger Allee 54, 10249 Berlin-Friedrichshain

Unkostenbeitrag: 5,- Euro

(Der Vorverkauf beginnt Ende Juli/Anfang August
über die Vereine im OKV und wird bekannt gegeben)

Als Redner werden zum Motto das Wort ergreifen:

Wolfgang Gehrcke – MdB, Fraktion Die Linke;
Karin Leukefeld – Auslandskorrespondentin - Nahost
und ein jugendlicher Freund (angefragt).

Diese Protestveranstaltung wird künstlerisch gestaltet von:

Carmen Maja Antoni
Schauspielerin

Klaus Feldmann
Ehemaliger Nachrichtensprecher im DFF und jetziger Autor

Marzahner Promenadenmischung
Kinder- und Jugendchor

und den

Don-Kosaken